

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

136 (16.6.1920)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Bezugspreis:** Durch unsere Träger 4.— M. einchl. 50 % Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 8.80 M.; durch die Post bezogen 8.80 M. ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich, Eingezogen 20 %.

**Abgabe:** Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—11 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

**Anzeigen:** Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Mellemettele 8.80 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Zur Regierungskrise.

Berlin, 16. Juni. Zu der Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei (Peterson), in der die Bereitschaft der Letzteren erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen, ohne vorherige Bildung einer Parteikonferenz, sagt der „Vorwärts“: Die Erklärung ist nicht abschließend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Man hofft von dem heutigen Tage eine Klärung.

Die „Vossische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stellt sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß es Sache des Reichspräsidenten berufenen Reichskanzlers sei, auf Grund eines sachlichen Programms sich die geeigneten Mitarbeiter zu suchen. Die selbstverständliche Voraussetzung sei das Bekenntnis zur Verfassungsgrundlage des Staatswesens und zu einer Politik des Aufbaus und der Versöhnung.

Dem „Berliner Volksanzeiger“ zufolge hat sich die Lage etwas geklärt.

Zu der Erklärung Dr. Petersons wird dem „Berl. Volksanzeiger“ von angeblich hervorragender sozialdemokratischer Seite mitgeteilt, daß das, was Dr. Peterson anspricht, von der Deutschen Sozialpartei schon zu Beginn der Krise gefordert worden sei. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerkandidat Schiffer hingearbeitet werde. Die Deutsche Sozialpartei könne unter keinen Umständen dulden, daß die kleinste Partei im Reichstage den Kanzler stelle. Ueber die Kanzlerkandidat eines Zentrumskandidaten lasse sich reden. Das Zentrum sei die stärkste bürgerliche Partei, ihre in der Mitte und habe ein Recht für sich die Kanzlerschaft in Anspruch zu nehmen. Mit der Person Heydenbach sei die Deutsche Sozialpartei einverstanden.

Die Aussprache des Zentrums, die gestern Vormittag stattfand, wurde der „Germania“ zufolge, noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrum selbst meint, alles sei noch vollkommen in der Schwebe. Auch die Deutsche Sozialpartei hätte den Versuch machen können, dem sich Trimborn unterziele, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen. Man müsse sogar sagen, sie wäre die nächste dazu gewesen. Nur das Zentrum mache von dem Parteilegitimität des Stuhls wieder eine rühmliche Ausnahme. Es müsse sich hierbei ab, dem Vaterlande die unbedingt nötige Regierung zu geben. Trimborn bemühe sich darüber hinaus, wenigstens eine durch Durchsicht haltbare Regierung zustande zu bringen. Er erfülle eine Pflicht, die in erster Linie der strengen Opposition der Rechten hätte anferlegt werden müssen.

Nach dem „Vorwärts“ verhandelte Trimborn gestern vormittag wiederum mit dem sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Uebe, die ihm auskundschafteten, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß auch der Wunsch, die sozialdemokratische Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Regierung bewilligt zu werden. Das Verhalten der Partei zu einer neuen Regierung werde von deren Faten abhängen. Der „Vorwärts“ wendet sich dann gegen die Auffassung, die sozialdemokratische Partei bereite sich nur darauf vor, die bisherige Reichsregierung gewalttätig zu überrennen. Jeder Kenner des Programms und der Geschichte der Partei wisse, daß für sie ein gewalttätiges Vorgehen unzulässig sei, die im Rahmen der verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden, nicht in Betracht komme.

Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Peterson, hat Dienstag nachmittag dem Abg. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen überreicht, unter denen sich die Sozialdemokratische Partei an der Kabinettsbildung beteiligen will. Die Sozialdemokratische Partei erklärt sich bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuwirken, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau gäbe. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms werden dann in dieser Erklärung u. a. folgende Punkte bezeichnet: Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung der Weimarer ohne parteipolitischen Rücksichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen, die aber gleichzeitig die Weimarer auszuüben geeignet sind.

### Dr. Heine, die Volkspartei und die Sozialdemokratie.

Berlin, 15. Juni. Ueber die Verhandlungen des Abg. Dr. Heine mit der Sozialdemokratie teilt der „Vorwärts“ folgende interessante Einzelheiten mit:

Im Laufe der Verhandlungen des Parteiaususses wurde bekannt, daß Herr Dr. Heine aus Dresden angekommen sei und den Auftrag des Reichspräsidenten, ein neues Kabinett zu bilden, angenommen habe. Dr. Heine hatte sich im Hause des Reichspräsidenten ein Zimmer mit Telefon und Schreibstisch erbeten, wo er sich sofort installierte. Von da ließ er an die Parteikonferenz das Ersuchen gelangen, im Laufe des Tages Unterhändler zur Besprechung der Regierungsfrage zu entsenden. Die Fraktion und der Parteiaususs beschloßen, die Herren Hermann Müller und Paul Löbe zu allein berechtigten Unterhändlern zu ernennen. Als die beiden Vertreter der sozialdemokratischen Partei um 7 1/2 Uhr abends im Hause des Reichspräsidenten erschienen, fanden sie in Herrn v. Heines Zimmer auch Herrn v. Kardorff vor.

Dr. Heine begrüßte die Eintretenden mit den Worten: Es bedarf keiner langen Einleitung; Sie wissen, worum es sich handelt. Der Reichspräsident hat mich mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Ich wende mich nun an die Vertreter der Sozialdemokratie als der stärksten Partei mit der Frage, ob Sie mich dabei unterstützen wollen. Darauf Löbe: Unsere Fraktion, die fast vollständig besteht war, ist heute einmütig zu dem Entschluß gekommen, daß ein Eintritt der sozialdemokratischen Partei in eine nach rechts erweiterte Koalition nicht in Frage kommt. Dieser Entschluß ist auf Grund sachlicher Erwägungen, aus äußeren und innerpolitischen Gründen, gefaßt worden. Ihre Partei hat sich eben erst gegen die „sozialistische Kulturkämpfererei“ gewandt und nationalistische Töne ange-

schlagen. Wir Sozialdemokraten sehen in einer friedlichen Europapolitik die einzige Möglichkeit, Deutschlands internationale Lage zu heben und eine Milderung des Friedensvertrags zu erreichen. Auch innerpolitisch finden wir keine Basis gemeinschaftlicher Arbeit. Schon in der alten Koalition war es uns Sozialdemokraten in vielen Fragen, z. B. beim Betriebsratsgesetz, in der Steuerpolitik und bei der Beratung der Verfassungsvorlage, schwer möglich gewesen, eine mittlere Linie zu finden, die mit unsern Anschauungen noch vereinbar war. Eine Verschiebung der Koalition nach rechts hin würde das in Zukunft ganz ausschließen. Auch die künftige Sozial- und Wirtschaftspolitik würden wir nicht gemeinsam mit Ihnen durchführen können. Zu diesen sachlichen Gründen kommt schließlich die äußere Erwägung, daß Sie im Wahlkampf die jegliche Regierung als völlig unfähig hingestellt haben, und noch heute lassen Sie Plakate anhängen mit der Aufschrift: „Non tota: Resselein macht euch frei. Mein die: eutsche Volkspartei!“ Unter diesen Umständen kommt eine gemeinsame Regierung mit Ihnen für unsere Partei nicht in Frage. Dr. Heine: Meine Herren, das ist ja eine klare Antwort. Oder (zu Genosse Müller) haben Sie, Herr Reichskanzler, eine andere Auffassung? Hermann Müller: Nein, Herr Kollege. Das ist der Beschluß unserer Fraktion. Es kommt uns dabei nicht darauf an, was im Wahlkampf geschehen ist; wir sehen in die Zukunft und finden keinerlei Grundlage für eine gemeinsame Arbeit. Dr. Heine: Diese klare Antwort vereinfacht unsere Aufgabe ungemein. Oder, Herr Kollege v. Kardorff, haben Sie noch etwas zu sagen? v. Kardorff: Nein! Dr. Heine: Dann danke ich Ihnen, meine Herren, der Zweck unserer Besprechung ist damit erledigt.

Dr. Heine begab sich hierauf sofort zum Reichspräsidenten und erklärte ihm: Herr Reichspräsident, ich muß mein Mandat in Ihre Hände zurücklegen. Wenn die Sozialdemokratische Partei in eine von mir zu bildende Koalition nicht eintritt, helfe ich meine Bemühungen für ausüßlos; ich kann sie daher nicht weiter verfolgen.

### Die nationalsozialistische Angst vor Eberts Rücktritt.

Die nationalsozialistische und agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die den Reichspräsidenten Ebert bisher in der schuldigsten und infamsten Weise immer zu verunglimpfen versucht hat, ist in eine wahre Angst geraten. Ebert könnte zurücktreten. Sie heult:

Im übrigen ist es dringend wünschenswert, daß die Arbeit über die Lage baldigt behoben wird. Wie verwirrend, ja verheerend sie bereits wirkt, zeigt wohl am besten die Behauptung eines Mittagsblattes, daß der Reichspräsident Ebert an Rücktritt mitten in dieser Situation denken selbstverständlich kann es sich dabei nur um ein Phantasiegebilde handeln. Der Reichspräsident hat, auch wenn er Sozialdemokrat ist, kein „Streikrecht“, er nicht seine ordnungsmäßige Regierung auf verfassungsmäßigem Wege erfolgt ist, wozu natürlich zunächst auch die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung Vorbereitung ist.

### Sozialdemokratischer Parteitag im Oktober.

Der Parteiaususs ermächtigte in seiner Sitzung am Sonntag den Parteivorstand, die Vorbereitungen zu möglichst baldigem Zusammentritt eines ordentlichen Parteitages zu treffen.

Voranschläglich wird der Parteitag Anfang Oktober in Raffel stattfinden, doch sind Datum und Ort der Tagung noch von der Reichstagsabstimmung und anderen politischen Ereignissen abhängig.

### Um die Konferenz von Spa.

London, 16. Juni. Es bestätigt sich, daß die Besprechung, die demnach zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden soll, im Verlaufe einer Woche in Frankreich abgehalten wird. Am Schluß der Besprechung von Spa waren beide Minister übereingekommen, vor der Konferenz von Spa zusammenzukommen. Beide kamen überein, daß die Besprechung am 21. Juni in Boulogne für vier stattfinden solle.

London, 16. Juni. Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Oberst Duffe mit Zustimmung des Präsidenten Wilson und der amerikanischen Regierung nach Europa abreisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Polen, Deutschland, Italien und die Tschechoslowakei besuchen. Diese Reise erfolge auf den dringenden Wunsch Englands und Frankreichs, die beunruhigt seien in der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich beträchtlich mehrten.

Am 16. Juni, 16. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George im Unterhause, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen deutschen Reichsregierung noch nicht festgesetzt, doch werde die Konferenz wahrscheinlich am 15. Juli beginnen. Der Gedanke der Zusammenkunft von Staatsmännern in Brüssel sei nicht neu. Es sei stets geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland eine Besprechung abhalten.

### Clemenceau, der Krieg und der Frieden.

Paris, 16. Juni. Der Abg. Barthou schreibt im „Temps“ mit Bezug auf die Angelegenheit von Moskau: Clemenceau habe den Krieg auf seine Weise geführt, aber auch den Frieden auf seine Weise gemacht, wenn auch weniger glücklich. Er habe den Quai d'Orsay beiseite geschoben, ja ihn sogar diskreditiert. Am 21. 1919 habe er Lloyd George gesagt, trotz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten werde er die Frage von Moskau regeln. Lloyd George habe Henderon an dem ursprünglichen Abkommen verlangt, aber Clemenceau habe nicht verstanden, sondern getrennt Grundhabe, der immer seine auswärtige Politik leitete, gehandelt, viel lieber nach dem Rhein geblickt als nach dem Tigris. Das Ansehen Clemenceaus sei gewesen, daß er Schmeichelei um sich sehen wollte, durch seinen eigenen Ruhm trunken gemacht.

### Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands.

Die „Times“ veröffentlicht einen außerordentlich interessanten Geheimbericht über die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands, der von einem Mitglied des hochgewichtigen obersten Volkswirtschaftsrates (sowie narodnago goskiztwa) im März dieses Jahres verfaßt worden ist.

In der Einleitung wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands sich fortwährend verschlechtert. Ueber die Ursachen dieser katastrophalen Lage ist der Verfasser sich vollkommen klar. Er faßt sie in folgenden Punkten zusammen: vollkommene Ausfaltung der Privatinitiative, Unmöglichkeit mit den jetzigen Arbeitslöhnen den Lebensunterhalt zu bestreiten, Hunger, Elend und Seuchen, Fehlen der Persönlichkeit, Sicherheit, Bekämpfung verantwortlicher Posten mit Personen, bei denen außer der Jugendsüchtigkeit zur kommunistischen Partei keine Voraussetzungen dazu vorhanden sind, absichtlicher oder unbewusster Mißbrauch der Bevölkerung, die überal der Wirkung der Maßnahmen der Sowjetregierung zu entgehen sucht, militärische Operationen, durch die 1/2 Millionen Einwohner von der produktiven Arbeit zurückgehalten werden, die unaufrichtigen Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung und schließlich die bolschewistische Dekretion.

Trotz der zahlreichen Dekrete, die die Flucht der Arbeiter von ihrer Arbeitsstätten unter Androhung harter Strafen verbieten, läßt sich die Abwanderung der Arbeiter nicht verhindern. Nach sachmännlicher Ansicht ist es jetzt infolge der Arbeiterflucht und der gesunkenen Leistungsfähigkeit der Arbeiter unmöglich, mehr als 10 v. H. der vorrevolutionären Produktion zu erreichen. Es kommt häufig vor, daß die Arbeiter um dem Hunger zu entgehen, Maschinenteile oder sonstiges Fabrikvermögen den Bauern verkaufen, um dafür Brot oder Salz zu erhalten.

Die Bemühungen des Volkswirtschaftsrates sind hauptsächlich auf die Verbesserung des Verkehrsnetzes und Versorgung der Armee gerichtet gewesen. Die Zahl der Lokomotiven, die gegenwärtig in Sowjetrußland gebaut werden, beträgt etwa 3 bis 4 im Monat, d. h. 40 bis 50 im Jahr, während unter dem alten Regime in Rußland 800 bis 1000 Lokomotiven jährlich gebaut wurden. In ganz Sowjetrußland wird Stahl für Eisenbahnbauarbeiten nur von einem einzigen Mariinofen der Anstaltwerke geliefert. Der Zustand der Eisenbahnen wird infolgedessen immer kritischer.

Der Wassertransport ist in ebenso schlechtem Zustand. Raum 3 v. H. aller Dampfer sind nicht reparaturbedürftig. Am 31. Dezember 1919 waren nur 4 Martinofen, 3 Konverter, 3 Ruppelöfen und ein Hochofen im Betrieb und auch diese arbeiteten mit Unterbrechungen. Nach der Einnahme des Uralgebietes durch die Bolschewiki brach die ganze dortige Industrie zusammen, und jetzt arbeiten nur noch die Kiewwerke, die 2000 Gewehre täglich herstellen. Die Petersburger Industrie existiert nicht mehr, und nicht viel besser ist der Zustand der Moskauer Industrie. Die Formawerke bei Nischni Nowgorod produzieren Panzerzüge und geringe Mengen von Geschützen und Waffen. Die Produktion von Torf im Moskauer Rayon liefert jetzt nur 20 v. H. der erforderlichen Menge, so daß die Moskauer Industrie keinen elektrischen Strom erhält. Im Herbst 1919 ist es vorgekommen, daß im Moskauer Elektrizitätswerk 5 Eisenbahnwaggons Wertpapiere verbrannt wurden.

Verzweifelt ist auch die Lage der Landwirtschaft. Es werden nur 20 v. H. der anbaufähigen Fläche bebaut. Die letzte Ernte war schlecht. Infolge des feindlichen Verhaltens der Bauern zur Sowjetregierung haben die Bauern ihre Anbaufläche auf das unbedingt notwendige Minimum eingeschränkt, so daß es keine landwirtschaftlichen Produkte für die Städte mehr gibt. Die Weizenproduktion ist um 1/2 oder mehr zurückgegangen. Bis 1911 war Rußland imstande, 15 v. H. der Weizenexporte auszuführen nach der Verdringung des eigenen Bedarfs, der der niedrigste in Europa war. Gegenwärtig bringt aber Rußland nur 45 v. H. seiner früheren Weizenmenge hervor, d. h. 40 v. H. weniger, als es damals selbst verbrauchte.

Die einzige Ware, die ausgeführt werden könnte, ist Holz. Die Arbeitsarmee ist daher damit beauftragt worden, Holz zu fällen. Dabei hat sich aber herausgestellt, daß ihre Arbeitsleistung eine sehr niedrige ist, nämlich ungefähr ein Drittel der normalen Durchschnittsleistung. Nebenbei konnte die Arbeitsarmee zum Holzfällen nach den übrigen Gouvernements nicht geschickt werden, weil dort keine Nahrungsmittel vorhanden sind.

Der Bericht stellt dann fest, daß selbst wenn die Blockade Sowjetrußlands aufgehoben und die Handelsbeziehungen mit dem Ausland wieder aufgenommen werden sollten, die Lage sich in der nächsten Zukunft kaum bessern kann, weil das Verkehrsnetz in Rußland in einem solchen Maße zerstört ist, daß nach Jahre lang jeder Handel und Verkehr außerordentlich schwierig sein muß.

Schließlich wird im Bericht noch mitgeteilt, daß während der Kämpfe mit Koltschal und Denikin die Sowjetregierung große Summen für Propaganda zwecks im Rücken der feindlichen Armeen ausgegeben hat. So wurden in dem von Koltschal beherrschten Gebiet dafür 80 Millionen Rubel ausgegeben, im Donlinischen Gebiet gegen 70 Millionen. Zum selben Zweck werden nach Polen große Summen geschickt.

Bemerkenswert ist das Eingeständnis des Verfassers des Geheimberichts, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung in der Bevölkerung als Rückschlag von Instinkt für Besitz und eine deutliche Reigung zur Reaktion gezeitigt und gekürt hat. Diese Stimmungen kommen in unverkennbarer Weise zum Ausdruck, so daß, wenn das gegenwärtige Regime zusammenbrechen sollte, man damit rechnen muß, daß in Rußland die stärkste Form der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ent-



sehen wird. Man hört Bauern und Arbeiter häufig sagen: „Die Zeit wird kommen, in der wir einen wirklichen Herrn haben werden.“

Es läßt sich kaum eine schärfere Kritik der Folgen des bolschewistischen Regimes denken als dieser Geheimbericht eines Mitglieds der leitenden bolschewistischen Wirtschaftsbehörde.

## Politische Uebersicht.

### Zur Regierungskrise.

Jrgend ein Schmod, der anscheinend in Karlsruhe anfällig ist, unterbreitet in der gestrigen Mittagsausgabe der „Badischen Presse“ den Lesern dummes und verlogenes Zeug über die angebliche Haltung der Sozialdemokratie zur Regierungskrise. Nach diesem Schmod soll ein Beitritt der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen in der Opposition zu erwarten sein. Der Schmod meint:

Wenn also die Mehrheitssozialisten tatsächlich in die Opposition gehen, dann wird es einen interessanten Wettlauf geben. Die Mehrheitssozialisten scheinen ganz belesen zu sein von der Furcht vor dem Radikalismus. Hermann Müller und seine Genossenschaftsgenossen bleiben dabei, man dürfe sich von den Unabhängigen nicht mehr übertrumpfen lassen.

Wenn der Schmod und die Redaktion der „B. P.“ auch nur den offiziellen Bericht über die Sonntagskonferenz der Sozialdemokratie gelesen hätten, könnten sie ihr albernes Zeug nicht den Lesern vorsetzen. Nicht der „B. P.“ wegen, sondern aus anderen Gründen sei, wie schon gestern, darauf verwiesen, daß die Sozialdemokratie auch einer scharf nach rechts hin neigenden Regierungskoalition die Politik der reinen Negation ablehnt, also gar nicht daran denken kann und auch gar nicht dazu übergehen wird, Opposition und der Opposition willen zu treiben. Mögen, wenn wir nunmehr wieder in der Opposition stehen, die Unabhängigen um oder lassen was sie wollen, unsere Haltung im Parlament wird durch sie nicht beeinflusst werden.

Sollte eine wie immer geartete Koalition Gutes schaffen, wollen, darf sie auf unsere Mitwirkung rechnen, wie wir vermuthlich bei den meisten in Frage kommenden Beratungsgegenständen Gelegenheit haben und nehmen werden, positiv an ihrer Verbesserung zu arbeiten, sofern eine Verbesserung notwendig ist und die Materie nicht direkt den Allgemeininteressen widerspricht.

Wir wollen außerdem darauf verweisen, daß eine Fülle von Aufgaben von uns eingeleitet worden sind, deren Fortführung und positive Erledigung dringend geboten ist. Und jede Regierung wird auf unsere Mitarbeit dabei zählen können, wenn sie den ernststen und ehrlichen Willen zur Erledigung hat.

Wenn in einigen bürgerlichen Blättern erzählt wird, wir Sozialdemokraten hätten grundsätzlich abgelehnt, auch in die bisherige Koalition wieder zu gehen, so ist das Unfug. Die Sonntagskonferenz hat ausdrücklich erklärt, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig nicht in die alte Koalition eintritt, weil die bisherigen Koalitionsparteien nicht über eine tragfähige Mehrheit verfügen. Selbstverständlich wäre uns eine auf eine sichere sozialistische Mehrheit gestützte Regierungsbildung die liebste. Die ist aber nicht vorhanden. Unser Verzicht, durch Hinzuziehung der Unabhängigen eine stark nach links orientierte Mehrheit zu bilden, sind an den Unabhängigen die alte Koalition wieder akzeptiert haben, wenn sie eine sichere Mehrheit aufweisen könnte. Nicht aus Nebe zu dieser Koalition, sondern um die Aufgaben zu bollen den suchen, die wir in und mit der Koalition begonnen haben. Und wer weiß, ob nicht vielleicht in wenigen Monaten die alte Koalition wieder erneuert werden muß, nachdem gegebenenfalls dem Volke Gelegenheit geworden ist, seinen politischen Schicksalsentscheid vom 6. Juni zu corrigieren. Und ob dann die Unabhängigen noch auf dem hohen Berde stehen, stehen wir stark in Zweifel. Wehlich dürfte es um die beiden Reichsparteien stehen.

Wenn aber eine bürgerliche und gar eine reaktionäre Koalition sich viel länger halten sollte, wir Sozialdemokraten ertragen als Partei das ganz sicher, jedenfalls bei-

ter als das deutsche Volk in seiner Mehrheit eine solche Koalition gut wird ertragen können. Und inzwischen wird man auch beim Zentrum und bei den Demokraten allerlei interessante Studien zu machen in der Lage sein.

### Die Gewerkschaften und die Frage der Regierungsbildung.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bepricht den Ausfall der Wahlen und die Möglichkeiten der Regierungsbildung. Es sagt dabei:

Wird eine Koalition der Linken durch die Abstinenz der Unabhängigen unmöglich, so ist die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition von Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum die beste Lösung der Krise...

Eine Koalition der Rechten... hat keine moralisch-legitimation für sich, denn ihre Parteien vereinigen günstigstenfalls nur ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich, und selbst wenn sie das Zentrum für sich gewinnen, bleiben sie in der Minderheit und hätten die gesamte Linke als Mehrheit gegen sich. Was es aber bedeutet, einer solchen Koalition die gesamten Nachmittage des Reiches auch nur einen Tag in die Hand zu geben, darüber müßte man sich klar werden. Es wäre die Annullierung des Staates an die Reaktion, die Wiederherstellung der Situation vom 13. März dieses Jahres, die das arbeitende Volk durch die Macht des Generalstreiks, durch Willkürverbrechen und Ströme von Blut bekämpfen mußte. Hätte es wirklich der Generalstreik befehrt, wenn man nach Wochen später den Reaktionären freiwillig die Macht in die Hände geben wollte, auf die sie als Minderheit auch heute noch keinen Anspruch haben? Solange das verhütet werden kann, muß es unter allen Umständen verhindert werden.

Die Reaktion am Ende, das bedeutet die gewaltsame Unterdrückung des seit der Revolution eingeleiteten Umwandlungsprozesses in den Verwaltungen zugunsten freiwirtschaftlicher Auffassungen. Es bedeutet das Aufheben der sozialen Arbeiterpolitik, der Schaffung eines neuen Arbeitsrechts und der vielen anderen Reformen, die bereits begonnen sind. Es bedeutet den Stillstand der Sozialversicherungsarbeiten und der Fortentwicklung demokratischer Betriebsverfassung. Es bedeutet die Gefährdung der Lebensmittelförderung für die ärmsten Volksschichten zugunsten der Agrarier und Händler. Es bedeutet die Stärkung des militaristischen Elements, das auf eine gewaltsame Revision des Friedensvertrages hinarbeitet, also in letzter Linie eine Gefährdung des Friedens. Es bedeutet schließlich eine Gefahr für die demokratische Republik durch mehr oder weniger verhängte monarchistische Restaurationsbestrebungen.

Die Gewerkschaften haben ein besonders dringendes Interesse an der Abwehr einer reaktionären Koalition. Sie haben am 20. März mit den Parteien der Linken und der Mitte die acht Punkte vereinbart, die zum Abbruch des Generalstreiks führten. Dieses Programm ist erst zum kleinsten Teile zur Ausführung gekommen. Die meisten Forderungen bedürfen noch der Bewirklichung. Es ist klar, daß eine Regierung der Rechten die Anerkennung und Ausführung dieser Vereinbarungen ablehnen würde. Damit würden die ganzen Streitfragen von neuem aufgeworfen werden, was praktisch eine Wiederholung des Generalstreiks gleichkäme. Eine solche Zwangslage kann niemand wünschen, dem ein geordneter Wiederaufbau Deutschlands am Herzen liegt. Um so notwendiger wäre es, daß die Parteien, die gegen den Kapitalismus zusammenstehen, auch jetzt wiederum die Führung des Reichsschiffes aus der Brandung übernehmen. Sie würden Deutschland aus der furchtbaren Gefahr des Bürgerkriegs retten und die gesamten Gewerkschaften der Arbeitnehmer auf ihrer Seite haben.

Das wollte auch die Sozialdemokratie, was hier von gewerkschaftlicher Seite gefordert wird. Die Unabhängigen haben sich wiederum als die Helfershelfer der Reaktion erwiesen, was die Arbeiter leider werden büßen müssen.

### Eine beachtliche Zentrumskammer zur Regierungsbildung.

Berlin, 15. Juni. Die „Germania“ schreibt zu dem Abstimmungsprozeß, die bisherigen Verhandlungen hätten die politische Lage, wenn vielleicht auch nicht geklärt, so doch gebessert. Trübsinn habe eine anhebend sich schwerere und unabweisbare Aufgabe übernommen. Den schwachen Verhandlungen wolle das Blatt nicht vorzuziehen, als ihre Meinung spreche die „Germania“ aber aus, daß der Antrag Trübsinn's weitgehender gefaßt werden müßte, als ihn Müller und Heine anstiften. Es müßte doch schließlich eine Regierung zustande gebracht werden, und Trübsinn's Aufgabe sei nicht zuletzt darin zu bestehen, dieser Überzeugung bei einer ausreichenden Zahl von Parteiführern zum Durchbruch und zur praktischen Anwendung

zu verbessern. Als nächstliegenden Weg habe er bereits die Wiederaufnahme der früheren Koalition bezeichnet. Dazu gehöre natürlich vor allem die frühere Mehrheitssozialdemokratie. Unter Hinweis auf die Feststellungen der am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Parteikonferenz, die die Koalitionspolitik gegenwärtig als unmöglich betrachtet, kommt auch die „Germania“ zu dem Schlusse, daß die Ablehnung der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber der alten Koalitionspolitik keine grundsätzliche, sondern eine vorübergehende sei.

### Auflösung der Truppenabwicklungsstellen.

Berlin, 15. Juni. Da die Truppenabwicklungsstellen zum 1. 10. 20 aufgelöst werden, so ist es angezeigt, sämtliche Angelegenheiten (wie Anfordern von Personalpapieren usw.) spätestens bis zum 1. 8. 20 bei der zuständigen Abwicklungsstelle anzubringen, da nach diesem Zeitpunkt auf baldige Erledigung nicht mehr zu rechnen ist.

Daß endlich wenigstens diesen Abwicklungsstellen ein Ende bereitet wird, ist zu begrüßen. Ohne Auflösung würden diese Stellen „hängen“ sein, bis auch der letzte in ihnen beschäftigte Mann aus Altersschwäche aufhören müßte. Denn solch bequeme Posten als in den Abwicklungsstellen gab es wohl in Deutschland nicht mehr.

### Die Türkei und der Friedensvertrag.

Konstantinopel, 15. Juni. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Großvezir bei der Friedenskonferenz noch einmal um eine Fristverlängerung für die Einreichung der türkischen Antwort auf die Friedensbedingungen der Entente nachsuchen wird. Danach Wehik hat sich nach Paris begeben, um die Verhandlungen über den Friedensvertrag selbst zu führen. In amtlichen Kreisen wird bekannt, daß die türkische Antwort auf die Friedensbedingungen hauptsächlich gegen folgende Punkte protestieren wird: gegen die Klauseln betreffend Extrajurisdiktion und Exzente, gegen die Eingriffe in die Souveränität des Sultans durch die Internationalisierung der Ufer des Bosporus und gegen die Klauseln, welche den Staaten die Kapitulationsrechte wieder zuschreiben, die sie vor dem Kriege besaßen. Die Punkte wird auch verlangen, daß dem Sultan seine Rechte als Kalif über diejenigen Muslime, die vom Kaiserreich abgetrennt werden, belassen bleiben und wird ferner darauf bestehen, daß in den Friedensvertrag ein Paragraph eingeschloffen wird, der die Garantien über die während des Krieges aufgenommenen Anleihen aufrecht erhält.

### Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 15. Juni.

#### 48. Öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.50 Uhr. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Glöckner (Dem.) bezüglich der Stelungs- und Kantonskür der Arbeitsministerien wird mit, daß die Statuten abgeändert werden. — Auf eine kurze Anfrage des Abg. Kiefer (Dem.) bezüglich Fortführung der Verhandlungen mit Finanzminister Dähler mit, daß nunmehr die Oberste Reichsbehörde die Verhandlungen über den Vertrag vorlegen wird, der als Grundlage für weitere Vereinbarungen dienen kann; neben den Verhandlungen aus Erwerb der Bahnen ist beabsichtigt, einen Vorschlag zu geben, um den Betrieb vorerst für weitere drei Monate zu ermöglichen. Bei einem Entgegenkommen der Gesellschaft wird sich eine Stilllegung vermeiden lassen.

Gegenüber einem Schreiben von Angehörigen der Pflege-Anstalten erklärt Abg. Karum (Soz.), daß er als Berichterstatter erklärt habe, daß die Forderung vielfach nicht den Böhlingen zugeführt wurde, sondern, wie der Nachweis ergeben hat, den Leitern der Anstalt mit Familie und dem Regional (Hört, hört). Ich habe also von dem, was ich ausführte, nichts zurückgenommen. (Wenig.)

Abg. Müller-Karlsruhe (Str.) begründet seine Interpellation über die Entlassung von 46 Lehrlingen beim Werkstättenamt Offenb. u. g. — Arbeitsminister Dähler weist darauf hin, daß hierfür in erster Linie das Finanzministerium zuständig sei. Zur Erweiterung ihrer Kenntnisse müßten den Bestimmungen zufolge die Lehrlinge nach vollendeter Arbeit aus den Werkstätten ausscheiden. Um jedoch deren Arbeitslosigkeit zu vermeiden, ist beantragt worden, daß die Lehrlinge erst dann entlassen werden, wenn sie durch den Arbeitsnachweis eine andere Stelle gefunden haben, wenn auch eine formelle Kündigung vorliegt.

#### Voranschlag des Finanzministeriums.

Abg. Seubert (Str.) berichtet namens des Haushaltsausschusses und weist darauf hin, daß die Geschäfte des Finanzministeriums mehr zu als abnehmen. Eine Geschäftszunahme brachte auch der einjährige Staatsvoranschlag. Es würde angeht, wieder zum zweijährigen Staatsvoranschlag zurückzukehren. Allgemeine Zustimmung fand der Gedanke, in einem Jahr die

### Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjef.

„D mein teurer Freund, Arkadi Nikolaitch!“ rief Dalaroff, „gehöre mir eine einzige Gunt: werde nicht poetisch!“

„Ich spreche wie ich fühle... Aber in der Tat, das ist ja Despotismus. Wenn mir ein Gedanke kommt, warum soll ich ihn nicht ausdrücken?“

„Du hast vollkommen recht; aber warum soll ich nicht ebenfalls sagen, was ich denke? Ich finde, daß es unverständlich ist, poetisch zu werden.“

„Was ist denn zum Beispiel anständig? Sich schimpfen?“

„Am, ich sehe, du bist fest entschlossen, in die Zukunft meines teuren Onkels zu treten. Wie würde dieser Idiot sich freuen, wenn er sich hörte!“

„Wie hast du Paul Petrovitch genannt?“

„Ich habe ihn genannt, wie ers verdient — einen Idioten.“

„Aber das ist denn doch merkwürdig!“ rief Arkadi.

„Ab, der Familienstimm regt sich!“ erwiderte Dalaroff kühl. „Ich habe bemerkt, daß dies Gefühl im Menschen am tiefsten wurzelt. Er ist fähig, allem zu entgehen, alle Vorurteile abzutreiben, auch zum Beispiel einzugehen, daß sein Bruder, der Taschentücher gestohlen hat, ein Dieb ist — das geht über seine Kräfte. Und in der Tat: ein Mann, der mir so nahe steht wie mein Bruder, sollte kein Genie sein — unmöglich!“

„Nicht der verwandtschaftliche, sondern einzig und allein der Gerechtigkeitsstimm regt sich,“ erwiderte Arkadi kühl. „Aber da du kein Verständnis für dieses Gefühl hast, da diese „Empfindung“ dir mangelt, kannst du auch nicht davon sprechen.“

„Mit anderen Worten: Arkadi Kirjanoff ist mir zu hoch, als daß ich ihn begreifen könnte — ich beuge mich und verdamme mich zum Schweigen.“

„Ich bitte dich, Eugen, hör doch auf; wir geraten sonst am Ende noch in Streit.“

„D, Arkadi, tu mir diesen Gefallen! Ranken, vrilgen wir uns — bis aufs Blut, bis zur gegenwärtigen Vernichtung.“

„Ich bitte dich, es könnte schließlich in der Tat dazu kommen.“

„Doch wir uns durchbluten?“ versetzte Dalaroff. „Warum nicht? Hier auf diesem Genußboden, in dieser idyllischen Umgebung, fern von den Augen der Welt und ihren neugierigen Blicken — kommst du es dir herrlicher wünschen! Aber du vermagst dich nicht mit mir zu messen — ich packe dich bei der Gurgel.“

Dalaroff lachte seine launigen harken Töne aus. „Arkadi wandte sich lachend um und machte Miene sich zu verteidigen.“

„Aber das Gesicht meines Freundes kam ihm so unheimlich vor, das Lächeln, das seine Lippen verzog, und das dunkle Feuer, welches in seinen Augen glühte, schien ihm eine so unzweifelhafte Drohung zu enthalten, daß ihn unwillkürlich ein Gefühl der Furcht befiel.“

„Ab, finde ich euch endlich!“ ließ sich in diesem Augenblick Wassili Ivanowitsch's Stimme vernehmen, und vor den jungen Leuten stand der ehemalige Regimentsarzt in einer Jacke von weißer Hauskleinwand und mit einem Strohhut aus derselben Fabrik.

„Ich habe überall nach euch gesucht... Aber ihr habt euch ein ausgezeichnetes Wäddchen gewählt und euch einem höchst angenehmen Zeitvertreib hingegeben: auf der Erde liegen und den Himmel anschauen... wißt ihr auch, daß diese Lage eine ganz besondere Bedeutung hat?“

„Ich schaue nur den Himmel an, wenn ich niesen will,“ brummte Dalaroff und sich zu Arkadi wendend setzte er mit gedämpfter Stimme hinzu: „Es ist schade, daß er uns gestört hat.“

„Aber so laß es doch nun endlich genug sein!“ sagte Arkadi leise und drückte seinem Freunde verstohlen die Hand.

„Aber keine Freundschaft ist solchen Erschütterungen auf die Dauer gewachsen.“

„Wenn ich euch ansehe, meine jungen Freunde,“ fuhr ingwitschen Wassili Ivanowitsch fort, indem er den Kopf

wiegte und die kreuzweis übereinander gelegten Hände auf einen Stoch stülzte, den er sich selbst, und zwar sehr kunstvoll spiralförmig gewunden hatte und der statt des Knopfes einen Kürtenknopf zeigte, „wenn ich euch ansehe, kann ich gar nicht mehr die Augen von euch wenden. Wie viel Kraft, blühende Jugend, Nüchternheit, Talent! Ganz Kaffor und Pollur!“

„Du lieber Gott — er führt sich in die Mythologie!“ rief Dalaroff; „man sieht fogleich, daß er seinerzeit ein starker Lateiner gewesen. Hast du nicht eine silberne Preis-medaille erhalten — wie?“

„Dioskuren! Dioskuren!“ wiederholte Wassili Ivanowitsch.

„Aber nun laß es genug sein, Vater — ein bißchen weniger Bärtlichkeit.“

„Einmal ist ja nicht immer,“ murrte der Greis. „Uebrigens habe ich euch, meine Herren, nicht aufgeschaut, um euch Komplimente zu machen, sondern erstens, um euch anzudeuten, daß wir bald essen werden, und zweitens, um dich zu benachrichtigen, Eugen... Du bist ein vernünftiger Mensch, du kennst die Männer und die Frauen und wirst also verzeihen... Deine Mutter wollte gern bei Gelegenheit deiner Ankunft einen Dankgottesdienst abhalten lassen. Denke nicht, ich würde dich auffordern, dem Gottesdienst beizuwohnen: er ist schon vorüber; aber Vater Alexis...“

„Der Pope?“

„Nun ja, der Geistliche; er wird mit uns... zu Mittag speisen... Ich hatte das nicht erwartet und rief ihm sogar... aber ich weiß nicht, wie's gekommen ist... er verstand mich nicht... Nun, und Irina Masjewa... Uebrigens ist er ein sehr guter und vernünftiger Mann.“

„Er wird mir doch hoffentlich meine Portion nicht aufessen?“ fragte Dalaroff.

Wassili Ivanowitsch begann zu lachen.

„Gott behüte!“ sagte er.

„Gut, weiter verlange ich nichts. Ich bin bereit mich mit allen möglichen Menschen zu Tisch zu setzen.“

(Fortsetzung folgt.)















# An die freiorganisierte Arbeiterschaft und Angestellten!

# Billige und gute Schuhwaren!

Heute trifft ein neuer Waggon Schuhwaren ein. Wir verkaufen an unsere Mitglieder und deren Familienangehörigen in der städtischen Ausstellungshalle:

4068

- Ia Herren-Stiefel** in braun, gelb, schwarz, und zwar in Chevreau, Borscalf und Rindborz zum Einheitspreis von Mk. **160.—**
- Ia Damen-Stiefel** in schwarz, mit hohen und niederen Absätzen . . . . . zu Mk. **120.—**
- Ia Damen-Hochschaffstiefel** . . . . . zu Mk. **150.—**

- Ia Damen-Schnür- und Spangen-Schuhe**, schwarz **95.—**
- Ia Damen-Schnür- und Spangen-Schuhe** in braun, grau, lila, gelb usw. . . . . zu Mk. **115.—**
- Ia Knaben-Stiefel**, schwarz, Größe 36—39 . zu Mk. **85.—**
- Ia Mädchen- u. Kinder-Stiefel** zu enorm billigen Preisen

## Gewerkschaftskartell Karlsruhe. Freie Angestellten-Verbände Karlsruhe.

**Wer** um 50 bis 70 Prozent seine Uhr billiger wieder gut in Ordnung haben will unter Garantie wenden sich vertrauensvoll an

**J. Klaus**  
Uhrmacher  
Karlsruhe, Rüppurrerstr. 20.

**M. T. K. Budapest**  
Ungarischer Meister  
**kommt!!**

**RESI** Residenz-Lichtspiele!

Vom 16. bis 18. Juni  
**Waldstrasse 30**  
**Johannistraum**  
in sechs Akten  
von L. v. Günther-Kroamyrth.

**LILLI!!!**  
Ein Sittenbild aus Berlin W in fünf Akten.  
Lilli ist der erfolgreichste Roman der Jolande Marés, ein Buch rück-sichtslos Bekennermutes, hat nun auch im Film sein starkes Leben, seine tiefe innere Wahrhaftigkeit bewiesen.

**Palast-Lichtspiele**

**Nur 3 Tage!**  
**Wanda Treumann**  
in der Titelrolle des grossen Gesellschaftsdramas

**Das Geheimnis der Vera von Beranska**  
5 Akte.  
Männliche Hauptrollen:  
**Reinhold Schünzel**  
**Paul Hartmann.**

Ferner:  
**Er hat's geschafft**  
Lustspiel in drei Akten.  
In den Hauptrollen: 4071  
**Bubi u. Kurt Vespermann.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Am Freitag, den 18. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr,  
**Versammlung**  
der Dauschloffer und Schmiede in der „Gambrius-halle“, Erbprinzenstrasse. 4087  
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.  
Die Branchenleitung.

**Volksschauspiel**  
**Oetigheim** (bei Rastatt)  
**Wilhelm Tell**

Aufführung: Jeden Sonntag, vom 13. Juni bis Ende September.  
Anfang 2 Uhr. Ende 1/27 Uhr.

Preise der Plätze: Stehplatz 1.50  
Sitzplatz 2, 3, 4, 5 und 7 Mark.

Vorverkauf: Oetigheim, Theater-Kasse. — Telefon Nr. 61, Rastatt.  
Karlsruhe: Herdersche Verlagsbuchhandlung, Telefon Nr. 1286.  
Zeitungskiosk beim Hotel Germania und am Mühlbugertor.  
Zugsverkehr nach Fahrplan.

**Welt-Kino**  
Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

**Nur 3 Tage!**  
Mittwoch — Donnerstag — Freitag.  
Das große Kriminal-Drama

**Die letzte Nacht.**  
6 Akte. 6 Akte.  
Dieses Filmwerk hält durch die wichtige Tragik seiner Geschehnisse und die zahlreichen Ueberraschungen seiner kriminalistischen Handlung den Zuschauer in steter Spannung.  
Die Spannung steigt von Akt zu Akt bis das Rätsel am Schluss gelöst wird.

**EinSchwerenöter**  
Eine Perle des Humors in drei Akten.

**Schillerstrasse 22.**  
**Nonne u. Tänzerin**  
in sechs Akten mit  
**Lee Parry u. Violette Kaplerska**

**Sebastian**  
der Tribun des Kaisers.  
Ein Heldenleben aus der römischen Kaiserzeit um 308 n. Chr.  
Nach Kardinal Wisemans Erzählung „Fabola“ in fünf Akten.

**Kaiserstrasse 5.**  
**STUART WEBBS**  
in  
**Die Peitsche**  
in fünf Akten. 4069

**Ach Amalia**  
was hatte bloß gemacht  
**Das Geheimfach**